

Das alte Lateinamerika gibt es nicht mehr, so *Riordan Roett* in seinem Beitrag zu der vorliegenden Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT. Die globalen Veränderungen haben auch in dieser scheinbar weltabgewandten Region vieles verschoben, eher lautlos, wie *Joachim Knoop* konstatiert, aber dennoch nicht ohne Dramatik.

Blickt man auf Macht und Einfluss, ist unverkennbar, dass Südamerika in geopolitische Gravitationsfelder außerhalb der Hemisphäre driftet – eine fast unvermeidbare Folge der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung der sogenannten »emerging countries« und der damit einhergehenden Herausbildung einer stärker multipolar strukturierten Welt. China ist heute der Hauptabnehmer südamerikanischer Rohstoffe, das Wirtschaftswachstum der Region hängt von ihm ab. Brasilien ist selbst zu einer zügig heranwachsenden Wirtschaftsmacht geworden und beteiligt sich aktiv an der Verfechtung der Schwellenländer-Interessen in den »Global Governance«-Strukturen – oft genug in Konfrontation mit den großen Industrieländern. Sein Gewicht nutzt es, um sich seine eigene südamerikanische Einflusszone zu schaffen und dabei die USA zurückzudrängen (siehe den Beitrag von *Britta Joerissen* und *Jochen Steinhilber*).

Auf der Ebene der Staatenwelt allein lassen sich indes die Veränderungsprozesse in Lateinamerika nicht erfassen. Dort setzt sich jenes Drama fort, das mit der industriellen Revolution begann, das Drama des gewaltigen globalen Wohlstandsgefälles, das seitdem die zentrale Herausforderung für die industriell zurückgeblieben Staaten und ihre Gesellschaften definiert. Die industrielle Unterentwicklung – das politisch unkorrekte Wort bringt die Problematik nach wie vor auf den Punkt – ist die Folie, vor der die gesellschaftlichen und politischen Prozesse in Lateinamerika zu sehen sind. Letzten Endes haben die gesellschaftlichen Machtstrukturen dort eine nachgehaltene Wirtschaftsentwicklung immer wieder verhindert – im Unterschied etwa zu Ostasien. Gleichzeitig ist die politische Dynamik wesentlich von der fortgesetzten Herausforderung der Unterentwicklung bestimmt gewesen.

Ihre besondere Energie hat diese Dynamik von einem Problem bezogen, das eng mit der Entwicklungsfrage verknüpft ist: dem Problem der Armut und der sozialen Ungleichheit. Die »Suche« nach einem Rezept für erfolgreiche Entwicklung wurde sozusagen gefiltert durch die »Suche« nach einem wirksamen Konzept für soziale Inklusion. Aber auch dezidiert linke Regierungen scheinen hierbei immer nur so weit voranzukommen, wie die Wirtschaftsentwicklung neue Verteilungsspielräume eröffnet. Warum politische Teilhabe den Armen bislang keine soziale Teilhabe verschafft hat, mit dieser Frage setzt sich *Hans-Jürgen Burchardt* auseinander und legt dabei den Finger auf das Veto, das die privilegierten Gruppen stets gegen nachhaltig wirksame Umverteilung einlegen konnten – auch in Demokratien.

Die kubanische Revolution hatte dieses Veto gebrochen und ein hohes Maß an sozialer Inklusion ohne dauerhafte wirtschaftliche Fortschritte erzielt. Doch auch das Castro-Regime hat eine neue soziale Polarisierung nicht zu verhindern vermocht, was viel mit seinem ideologisch begründeten Unvermögen zu tun hat, das Land trotz aller Investitionen in Bildung und Wissenschaft auf einen anhaltenden wirtschaftlichen Erfolgsweg zu bringen. Damit befasst sich der Beitrag von *Uwe Optenhögel*.

Kuba hat sich seit langem auf einen Sonderweg begeben. »Mainstream«-Lateinamerika hingegen hat jetzt, vor dem Hintergrund einer durch die globale Krise nicht entscheidend geschwächten Wirtschaftskonjunktur (siehe den Beitrag von *Joachim Knoop*), erneut die politischen Weichen in Richtung sozialer Teilhabe gestellt. Nach dem Fiasko mit dem neoliberalen Washington-Konsens ist das politische Pendel deutlich nach links ausgeschlagen. Dieser, durchaus als »Erdrutsch« zu bezeichnende, Wechsel ist das Thema der Beiträge von *Cristóbal Rovira Kaltwasser* und, für den besonders dramatischen bolivianischen Fall, *Pablo Stefanoni*. Dass in Bolivien die Parteienlandschaft in kurzer Zeit völlig umgekrempelt wurde, deutet auf einen tiefen Legitimitätsverlust der alten »bürgerlichen« Demokratie.

Die Frage, wie es jetzt, nachdem die politischen Weichen gestellt wurden, weitergeht mit der wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Überwindung von Armut und Marginalisierung, wird in mehreren der genannten Beiträge aufgeworfen. Es scheint, dass sich diesbezüglich so viel nicht geändert hat. Mit der bemerkenswerten Ausnahme Brasiliens setzen alle Länder weiterhin auf Bodenschätze und Agrarprodukte sowie im karibischen Raum auf billige Arbeitskraft. Gute Ausbildung für die ganze Bevölkerung, Forschung und Innovation werden weiterhin kleinge-

schrieben – das Paradigma, das seit mehr als hundert Jahren der Unterentwicklung zugrunde liegt. *Pablo Stefanoni* lässt es zum Ende seines Beitrags anklingen: Hier geht es nicht nur um die richtigen politischen Prioritätensetzungen und um die dahinterstehenden Denkmuster, sondern auch um den Spielraum, den die politische Gesellschaft dafür lässt. Auch *Hans-Jürgen Burchardts* These von der Vetomacht der Etablierten stellt auf diesen Aspekt ab.

Während bei all dem der Blick zuerst auf den Kampf um die politischen Schalthebel gelenkt wird, weist *Joachim Knoop* auf eine Tendenz, die diese Schalthebel irrelevant machen kann: Im karibischen Raum ist Staatlichkeit dabei, zu zerfallen, die private Macht bewaffneter internationaler Drogenunternehmen tritt an ihre Stelle. Sie schafft sich damit – vorübergehend? – Freiräume gegenüber den Staaten, die ihnen seit langem den Krieg erklärt haben und derartige Freiräume auf Dauer auch kaum tolerieren werden. Zwei Fragen drängen sich dabei auf: Erstens, wie lange ist noch Platz für periphere Kleinststaaten mit geringen Ressourcen? Zweitens, wie lange lässt sich das repressive internationale Drogenregime noch aufrechterhalten? *Juan Gabriel Tokatlian* und *Ivan Briscoe* fordern und prognostizieren in ihrem Beitrag sein baldiges Ende.

Auch die vorliegende Ausgabe greift einen zentralen Themenstrang von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT auf: die Konsequenzen der wirtschaftlichen »Entgrenzung« für die Arbeitnehmer. *Torsten Müller*, *Hans-Wolfgang Platzner* und *Stefan Rüb* präsentieren eine Bestandsaufnahme der organisatorisch gefestigten, aber wenig durchsetzungsfähigen globalen Gewerkschaftsverbände; *Wolfgang Kowalsky* diskutiert die zunehmende Entfremdung der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen vom Projekt der europäischen Integration, das sich in eine immer »unsozialere« Richtung entwickelt hat.

Zum Themenstrang »Krieg und Frieden« findet sich in diesem Heft ebenfalls ein Beitrag. *Ian Anthony* diskutiert den verminderten Stellenwert, den Kernwaffen in den nächsten Jahren für die NATO haben werden.

Sozialdemokratie in Europa ist das zentrale Thema der nächsten Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT.